

Mitglieder der Verwaltung:

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Frau Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachdienstete für das Finanzwesen	öffentlicher Teil
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	bis TOP 2.1.
Herr Schäfer	Leiter Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport	bis TOP 3.9.
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	bis TOP 3.12.
Frau Spranger	Controlllerin	öffentlicher Teil
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	zu allen TOP
Herr Grimm	Koordinator Digitalisierung	bis TOP 3.10.
Frau Friedländer-Schmidt	Wahlleiterin der Stadt Plauen	bis TOP 3.11.
Herr Frank Zabel	Kommunaler Präventionsrat	bis TOP 3.12.
Herr Leonhardt	Personalrat Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	öffentlicher Teil
Herr Steve Fischer	Revierförster der Stadt Plauen	bis TOP 3.10.

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	zu allen TOP
Frau Koch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion	zu allen TOP

Vertreter des Seniorenbeirates

Frau Unglaub, Frau Süß	öffentlicher Teil
------------------------	-------------------

Vertreter der Presse

Herr Piontkowski, Frau Dietrich	öffentlicher Teil
---------------------------------	-------------------

Frau Zeuner, Geschäftsführerin der Plauener Straßenbahn GmbH	öffentlicher Teil
--	-------------------

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 20.10.2020
 - 1.3. Beantwortung von Anfragen
 - 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Information**
 - 2.1. Einteilung des Wahlgebietes für die Oberbürgermeisterwahl 2021 und zukünftige Wahlen
Drucksachenummer: 0260/2020
 - 2.2. Information über die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen für die Weiterleitung bewilligter Zuwendungen an die Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH
Drucksachenummer: 0274/2020
3. **Beschlussfassung**
 - 3.1. Abberufung von sachkundigen Einwohnern
Drucksachenummer: 0273/2020
 - 3.2. Neuberufung von sachkundigen Einwohnern
Drucksachenummer: 0277/2020
 - 3.3. Verordnung über die Aufhebung der Rechtsverordnungen über die verkaufsoffenen Sonntage im Dezember 2020
Tischvorlage

- 3.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2018
Drucksachennummer: 0254/2020
- 3.5. Verwendung der Pauschale zur Stärkung des ländlichen Raumes im Jahr 2020
Drucksachennummer: 0268/2020
- 3.6. Aufbau öffentliches W-Lan für die Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0271/2020
- 3.7. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen für die Weiterleitung entgangener Elternbeiträge aufgrund der COVID-19-Pandemie an die freien Träger von Kitas
Drucksachennummer: 0281/2020
- 3.8. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen im Rahmen zu beantragender Fördermittel/ Auswirkungen Corona für das Parktheater
Drucksachennummer: 0286/2020
- 3.9. Beschluss zur Nutzung des Gebäudes und der Freifläche Clara-Wieck-Str. 4 in 08527 Plauen als Kindertageseinrichtung durch den Ev. Montessori Schulverein e.V. und zur Umsetzung der Kita "Regenbogen" in die Kita "Elsteraue" nach Fertigstellung.
Drucksachennummer: 0259/2020
- 3.10. Forstlicher Wirtschaftsplan 2021
Drucksachennummer: 0264/2020
- 3.11. Standortentscheidung für ein Informations- und Dokumentationszentrum zur Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989
Drucksachennummer: 0201/2020
 - Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 151-20**
 - Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 143-20**
- 3.12. Abschluss eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags zur Vergabe der Stadtverkehrsleistungen an die Plauener Straßenbahn GmbH
Drucksachennummer: 0257/2020
- 3.13. Herstellung einer WC-Anlage an der Gerberstraße in Plauen
Drucksachennummer: 0265/2020
- 3.14. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Lichtsignalanlage Knotenpunkt Äußere Reichenbacher-/Röntgenstraße
Drucksachennummer: 0270/2020
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, und Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

keine Änderungen

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 20.10.2020

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 20.10.2020 fest.

1.3. **Beantwortung von Anfragen**

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.4. **Informationen des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über das Ergebnis der Überprüfung von Mitgliedern kommunaler Vertretungen bezüglich hauptamtlicher oder inoffizieller Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Alle beim „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ derzeit eingereichten Auskunftersuchen von Mitgliedern des Stadtrates, von den Ortsvorstehern, von den Bürgermeistern und vom Oberbürgermeister wurden bearbeitet und tragen den Vermerk „keine Hinweise“.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass die Bearbeitung des Ersuchens abgeschlossen ist.

Für ein nachgerücktes Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen muss die entsprechende Auskunft noch beantragt werden.

2. **Information**

2.1. **Einteilung des Wahlgebietes für die Oberbürgermeisterwahl 2021 und zukünftige Wahlen** *Drucksachenummer: 0260/2020*

Frau Nadja Friedländer-Schmidt, Wahlleiterin der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage und weist auf das ausgereichte Ergänzungsblatt hin.

Information:

Die Stadt Plauen wird zur Oberbürgermeisterwahl 2021 und für zukünftige Wahlen in 46 allgemeine Wahlbezirke eingeteilt.

2.2. **Information über die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen für die Weiterleitung bewilligter Zuwendungen an die Wohnungsbau-gesellschaft Plauen mbH** *Drucksachenummer: 0274/2020*

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom 06.11.2020 zur Kenntnis.

3. **Beschlussfassung**

3.1. **Abberufung von sachkundigen Einwohnern** *Drucksachenummer: 0273/2020*

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Herrn Marcel Fischer als sachkundigen Einwohner im Bildungs- und Sozialausschuss gemäß § 18 Abs. 1 Pkt. 4 SächsGemO ab.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/20-1

3.2. Neuberufung von sachkundigen Einwohnern

Drucksachennummer: 0277/2020

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Herrn Thomas Huscher auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion als sachkundigen Einwohner in den Wirtschaftsförderungsausschuss.

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Herrn Sebastian Loik auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion als sachkundigen Einwohner in den Bildungs- und Sozialausschuss

3. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Frau Doreen Fritzsich auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion als sachkundige Einwohnerin in den Vergabeausschuss.

4. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Herrn Daniel Koch auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion als sachkundigen Einwohner in den Kultur- und Sportausschuss.

5. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Herrn Wolfgang Alboth auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion als sachkundigen Einwohner in den Stadtbau- und Umweltausschuss

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 13/20-2

3.3. Verordnung über die Aufhebung der Rechtsverordnungen über die verkaufsoffenen Sonntage im Dezember 2020

Drucksachennummer: 0288/2020

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Verordnung über die Aufhebung der Rechtsverordnungen über die verkaufsoffenen Sonntage im Dezember 2020.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 13/20-3

3.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2018

Drucksachennummer: 0254/2020

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen und Herr Scheibner, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, erläutern den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt nach der Durchführung der örtlichen Prüfung gemäß § 104

SächsGemO den Jahresabschluss 2018 mit

- einer Bilanzsumme von	607.306.916,29 EUR
- einem Basiskapital von	353.743.026,73 EUR
- einem Endbestand von liquiden Mitteln (Vermögensrechnung)	19.044.049,97 EUR
- einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis von	2.310.397,62 EUR
- einem Fehlbetrag im Sonderergebnis von (Ergebnisrechnung)	3.720.603,92 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von	7.001.151,06 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit von	-2.994.905,84 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit von	-3.780.407,85 EUR
- einer Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln von (Finanzrechnung)	225.837,37 EUR

fest.

Der nach Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis (7.628.508,45 EUR) und eines Fehlbetrages im Sonderergebnis (585.264,56 EUR) mit dem Basiskapital (gemäß § 72 Abs. 3 Satz 3 SächsGemO) verbleibende Überschuss im Gesamtergebnis in Höhe von 2.182.771,47 EUR wird in voller Höhe in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt.

Zudem wird gemäß § 24 Abs. 3 Satz 2 SächsKomHVO ein Betrag in Höhe von 649.970,97 EUR vom Basiskapital in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses übertragen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss 2018 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/20-4

3.5. Verwendung der Pauschale zur Stärkung des ländlichen Raumes im Jahr 2020 **Drucksachennummer: 0268/2020**

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert darüber, dass diese Pauschale i. H. v. 70 TEUR bisher gleich an alle Kommunen im Freistaat Sachsen ausgereicht wurde.

Zukünftig werden diese insgesamt 30 Mio. EUR des Landes in die FAG Masse eingespeist und nach den allgemeinen Grundsätzen des FAG ausgereicht, so dass es diese 70 TEUR pro Kommune zukünftig nicht mehr geben wird.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, legt dar, wofür die 35 TEUR im Parktheater verwendet werden sollen:

- Erneuerung Dacheindeckung und Dachdämmung Bühnengebäude
- Befestigung der Fläche des ehemaligen Glashauses mit Betonpflaster
- Erneuerung der Erdverkabelung zur Beleuchtung des Oberen Festgeländes
- Innere Sanierung Bühnengebäude (Maler-, Bodenbelagsarbeiten, Renovierung Sanitäreinrichtungen)

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, bittet darum, auch die Ortsteile von Plauen weiterhin im Blick behalten werden sollen, da diese aus Sicht der Stadt Plauen ebenfalls zum ländlichen Raum gehören.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt hierzu mit, dass z. B. auch Spielplätze in den Ortsteilen von Plauen ebenfalls bei der Ausstattung und Gestaltung von Spielplätzen mit enthalten sind.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die aus dem Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen vom 29. Juni 2018 an die Stadt Plauen in 2020 bereitgestellten Mittel von insgesamt 70 TEUR in Höhe von

35.000 EUR für verschiedene Maßnahmen im Parktheater (12E-000025),
25.000 EUR für die Ausstattung und Gestaltung von Spielplätzen (17-0000003) und
10.000 EUR für die Unterhaltung von Spielplätzen (17E-000024)

einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/20-5

3.6. Aufbau öffentliches W-Lan für die Stadt Plauen **Drucksachennummer: 0271/2020**

Herr Nick Grimm, Koordinator Digitalisierung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, spricht sich gegen die Vorlage aus.

In erster Linie seien hier 120 TEUR Steuergelder zu benennen, welche man in der derzeitigen Haushalts-situation schwer vermitteln könnte.

Weiterhin sei ein freies WLAN nach Meinung von Stadtrat Blechschmidt nicht mehr zeitgemäß auch im Hinblick auf den geplanten Ausbau eines G5-Netzes.

Wichtig sei es, dass es in verschiedenen Einrichtungen (Hotels, Gaststätten) ein lokales Internet gäbe, welches man als Gast nutzen könne und welches wesentlich sicherer wäre, als ein öffentliches Netz.

Nach der Aufhebung des Alkoholverbotes und zusätzlicher Einführung eines freien WLAN-Netzes würden sich nach Meinung von Stadtrat Blechschmidt die Probleme in der Innenstadt eher verschärfen als dass man einen positiven Effekt verzeichnen könne.

Deshalb lehnt die CDU-Fraktion die Vorlage ab.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, sieht es ähnlich wie die CDU-Fraktion. Er fragt weiterhin nach einer genauen Begründung, warum ein kostenloses WLAN zur Verfügung gestellt werden soll. Eine Begründung wäre für Stadtrat Rust z. B., dass die Stadt Plauen hierdurch einen genau zu benennenden Vorteil hätte.

Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an: „Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.“

Herr Grimm unterstützt die Bereitstellung von öffentlichem WLAN. Bezüglich „smart City“ ist z. B. angedacht, an öffentlichen Gebäuden QR-Codes anzubringen, über welche man spezielle Hintergrund-informationen bekommen könne.

Der von Stadtrat Blechschmidt angesprochene Ausbau des LTE-Netzes sei auch noch nicht soweit.

Nach Meinung von Herrn Grimm könne oder wolle sich auch nicht jeder ein entsprechendes Endgerät leisten. Das freie WLAN in der Innenstadt soll ein Zusatzangebot zu bereits vorhandenen Angeboten, z. B. in Gaststätten, darstellen. Dass jemand das WLAN für nicht vorgesehene Zwecke nutzt, könne unterbunden werden.

Stadtrat Rust merkt an, dass jemand, der sich ein Endgerät nicht leisten könne, auch keinen Nutzen vom freien WLAN hätte.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt für das Jahr 2020 die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen i.H. von 120.000 EUR für den Ausbau von kostenfreiem WLAN in der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen; 18 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 13/20-6

Die Verwaltungsvorlage wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.7. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen für die Weiterleitung entgangener Elternbeiträge aufgrund der COVID-19-Pandemie an die freien Träger von Kitas *Drucksachenummer: 0281/2020*

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen für die Weiterleitung bewilligter Zuwendungen i. H. v. 333.197,19 EUR an die freien Träger von Kindertages-einrichtungen in der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 13/20-7

**3.8. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen im Rahmen zu beantragender Fördermittel/
Auswirkungen Corona für das Parktheater
Drucksachennummer: 0286/2020**

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, welche Möglichkeiten man gehabt hätte, um auch für die kleineren Kulturschaffenden (Soloselbstständige) in der Stadt Plauen etwas zu tun, vielleicht auch über dieses Förderprogramm.

Oberbürgermeister Oberdorfer geht davon aus, dass Soloselbstständige nach den Förderprogrammen der Bundesrepublik Deutschland gefördert werden.

Bürgermeister Zenner legt dar, dass es ein Förderprogramm „Neustart“ gibt, welches vom Bundesverband für Soziokultur aufgelegt wurde. Die Verwaltung hat rechtzeitig die Kulturschaffenden in der Stadt Plauen darüber informiert, dass hier Leistungen beantragt werden können. Es sei auch bekannt, dass über Beschlüsse im Kultur- und Sportausschuss bzw. im Kulturrat Künstlerinnen und Künstler der Stadt Plauen - soweit möglich - mit städtischem Geld unterstützt werden können.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für das Parktheater in Höhe von 38.999 EUR für Corona-bedingte Investitionen im Jahr 2020.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/20-8**

**3.9. Beschluss zur Nutzung des Gebäudes und der Freifläche Clara-Wieck-Str. 4 in 08527 Plauen als Kindertageseinrichtung durch den Ev. Montessori Schulverein e.V. und zur Umsetzung der Kita "Regenbogen" in die Kita "Elsteraue" nach Fertigstellung.
Drucksachennummer: 0259/2020**

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, bedankt sich für die kreative Idee der Stadt Plauen. Seiner Meinung nach wäre es aber angebracht gewesen, sich frühzeitig mit den Eltern in Verbindung zu setzen und nicht erst mit Veröffentlichung der Tagesordnung zur heutigen Stadtratssitzung.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, teilt mit, dass auch ihre Fraktion diese Vorlage unterstützt.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, informiert, dass die Stadträte und Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses bereits am 29.10.2020 im nichtöffentlich Teil über diese Vorlage informiert wurden, wobei es noch viele Bedenken gab.

Der Sitzungsplan des Vogtlandkreises sieht die Behandlung des Kitabedarfsplanes des Vogtlandkreises erst im Jugendhilfeausschuss im März 2021 vor.

Man sei bisher davon ausgegangen, dass es sich in der Elsteraue um einen Neubau einer kommunalen Einrichtung handelt, welche von neu angemeldeten Kindern genutzt werden könne.

Weiterhin wäre mehrmals versichert worden, dass Fachpersonal zur Verfügung stehen würde.

Stadträtin Seidel ist der Meinung, dass diese Vorlage dem Kitabedarfsplan widersprechen würde. Die betroffenen Eltern seien im Vorfeld nicht informiert worden.

Stadträtin Seidel hat Gespräche mit den Leiter/innen der Kita, des „Kinder-Cafes Mücke“ und mit dem Kinder- und Jugendschutzbund geführt. Auch diese Träger wären nicht informiert worden.

Vieles sei nach Meinung von Stadträtin Seidel noch unklar.
Sie fragt nach, ob die Stadt Plauen Einfluss auf das pädagogische Konzept des Montessori Vereins habe.

Stadträtin Seidel teilt weiterhin mit, dass die in der Vorlage erwähnte Konzeption des Montessori Vereins für das geplante Kinderhaus von der Fraktion DIE LINKE angezweifelt würde. Eine Kopie dieser Konzeption hätte man gerne bereits im Vorfeld zur Information erhalten.

Stadträtin Seidel fragt nach, ob für die Kita Elsteraue die Stellungnahme für das pädagogische Konzept von der Betriebserlaubnisbehörde/vom Landesjugendamt vorliegt.

Stadträtin Seidel teilt mit, dass ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen könne.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass nicht alle Kinder aus der Kita „Regenbogen“ in die neue Kita wechseln müssten. Die Entscheidung steht den Eltern frei.

Nach Meinung von Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, wären hier zwei Beschlüsse zusammengefasst, die besser getrennt hätten abgestimmt werden sollen - einerseits eine günstigere integrative Kita zu finden (dies sollte unterstützt werden) und andererseits einem Trägerverein Möglichkeiten zu eröffnen, mit dem nicht jeder einverstanden sei.

Stadtrat Rust könne sich auch nicht vorstellen, dass das Thema Erzieher/innen für die Stadt Plauen kein Problem darstellen würde.

Stadtrat Rust bittet um genauere Ausführungen zu diesem Thema und darüber, wo der Vorteil für die Stadt Plauen liegen würde, wenn der Träger sein Angebot erweitern könne.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass dies selbstverständlich ein Vorteil für die Stadt sei. Wichtig sei es, eine Vielfalt an Trägern im Kita- und Bildungsbereich anbieten zu können. Bei Kindertageseinrichtungen gäbe es auch keine Festlegungen wie den Schulsprengel, sodass die Eltern sich die Einrichtung aussuchen können. Es war bisher immer erklärtes Ziel des Stadtrates, dass diese Vielfalt als ein Vorteil für die Stadt gesehen wird.

Stadträtin Pfeil erläutert an dieser Stelle den Ergänzungsantrag ihrer Fraktion, **Reg. Nr. 158-20**.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag vor. Die Verwaltung stimmt dem Antrag zu. Man wolle ein Betreiberkonzept auf höchstem Niveau vorlegen, welches mit allen Beteiligten abgestimmt werden soll.

Weiterhin führt Bürgermeister Zenner aus, dass die Verwaltung mit dieser neuen Kita ein verbessertes Angebot für Kinder mit Handicap zur Verfügung stellen möchte. Sicher sei es schwierig, derzeit auf dem freien Markt Fachkräfte für kommunale Einrichtungen zu finden, deshalb sei es gut, dass die bisherigen Bezugspersonen (Erzieher/innen) mit in die neue Einrichtung gehen. Der Montessori Verein hat zugesichert in der Lage zu sein, für die von ihnen betriebene Einrichtung im Mammengebiet Personal in ausreichender Anzahl einsetzen zu können.

Bürgermeister Zenner weist darauf hin, dass das Konzept des Montessori Vereines auch vom Vogtlandkreis anerkannt ist und bestätigt wurde.

Stadträtin Sabine Schumann, AfD-Fraktion, fragt bei Stadträtin Pfeil nach, ob alle Fraktionen Vorschläge zum beantragten Konzept einbringen können.

Stadträtin Pfeil antwortet, dass aus den Worten von Bürgermeister Zenner zu entnehmen sei, dass die Verwaltung zu gegebener Zeit einen Vorschlag zum Betreiberkonzept vorlegen wird, welches dann gemeinsam im Ausschuss bzw. im Stadtrat besprochen werden könne. Dort bestünde dann auch die Möglichkeit, über die Ausgestaltung zu sprechen.

Beschluss zum Antrag, Reg. Nr. 158-20:

Die Verwaltungsvorlage, **Drucksachenummer: 0259/20**, wird um folgenden Punkt ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird dem Stadtrat vor Einzug in die neue Einrichtung eine Kooperationsvereinbarung zwischen Kita Sonnenblume und Kita Regenbogen vorlegen die erklärt, wie längere Öffnungszeiten für die Eltern gewährleistet werden können.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/20-9

Oberbürgermeister Oberdorfer spricht zu den Hinweisen von Stadtrat Rust bezüglich eines geteilten Beschlusstextes. Dies hätte bereits in den vorberatenden Ausschüssen eingebracht werden können. Weiterhin teilt er mit, das die Stadt Plauen bisher immer Personal auf öffentliche Ausschreibungen bekommen hat. Man stellt aber fest, dass dies zunehmend schwieriger wird.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, begrüßt persönlich die Trägerschaft des evangelischen Montessori Vereines. Er plädiert ausdrücklich dafür, dass es ein guter Weg sei, noch mehr Kitas an freie Träger zu übergeben.

Beschluss zur Vorlage:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, das Gebäude und die Freifläche Clara-Wieck-Str. 4 in 08527 Plauen (Flurstück-Nr. 4634/48-1) dem Evangelischen Montessori Schulverein Plauen e. V. zur Nutzung als Kindertageseinrichtung zu überlassen und die dort befindliche kommunale Kindertageseinrichtung „Regenbogen“ in die Kindertageseinrichtung „Elsteraue“, Hofwiesenstr. 10 in 08527 Plauen nach Fertigstellung der Einrichtung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 13/20-10

3.10. Forstlicher Wirtschaftsplan 2021
Drucksachenummer: 0264/2020

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt an dieser Stelle Herrn Steve Fischer, Revierförster der Stadt Plauen.

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung (Eigenbetrieb GAV), erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass es den 10 Jahres Plan der Forsteinrichtung 2016 - 2025 gibt. Sicher könne man in dieser Zeit auch von der Planung abweichen, ohne die Gesamtplanung in Frage zu stellen.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, legt dar, dass die aktuelle Situation gut erläutert wurde und die richtigen Schlüsse daraus gezogen worden seien, u. a. keinen Frischholzeinschlag zu planen. Der Staatsbetrieb Sachsenforst würde sich nach Meinung von Stadtrat Rust aber nicht daran halten und hätte bereits im September 2020 mit Frischholzeinschlag begonnen und wolle dies auch im Herbst 2020 weiter in Größenordnungen durchführen. Der Staatsbetrieb Sachsenforst hätte im vergangenen Wirtschaftsjahr den Holzmarkt mit zusätzlich 120.000 Festmetern (ca. 10 %) belastet, was die Preise gedrückt hätte.

Stadtrat Rust kann an dieser Stelle seinen Optimismus vom Vorjahr deshalb nicht teilen, dass sich die Holzpreise bei einer vernünftigen Bewirtschaftung wieder erholen könnten.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den in der Anlage beigefügten Forstlichen Wirtschaftsplan 2021 für den Körperschaftswald der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/20-11

3.11. Standortentscheidung für ein Informations- und Dokumentationszentrum zur Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989

Drucksachennummer: 0201/2020

- Antrag der FDP-Fraktion, Reg. Nr. 151-20

- Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 143-20

Oberbürgermeister Oberdorfer führt kurz in das Thema ein und erinnert an den Werdegang des Projektes. Anfang dieses Jahres wurde von der Stadtverwaltung eine Vorlage eingebracht, mit der Zielstellung, dass ein Erinnerungszentrum in Verbindung mit einer neuen Tourist-Information im Jahr 2021 gebaut werden könne. Nunmehr wünscht der Stadtrat der Stadt Plauen ein viel größeres Projekt als ursprünglich vorgesehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist ausdrücklich darauf hin, dass eine Umsetzung des Projektes derzeit nicht mehr gegeben. Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation (Corona bedingt), kann kein Haushalt vorgelegt werden, der dieses Projekt in der mittelfristigen Planung berücksichtigt.

Je größer das Projekt nunmehr sein soll, umso schwieriger sieht Oberbürgermeister Oberdorfer die Realisierungschancen.

Das Modellprojekt kann und will Oberbürgermeister Oberdorfer deshalb auch nicht in Frage stellen. Die hierfür geplanten 5 Mio. EUR Eigenanteil müssen aufgebracht werden können. Somit seien zusätzliche Maßnahmen nicht möglich.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, legt dar, dass ihre Fraktion von Anfang an die Variante 2 (Oberer Graben) favorisiert hat. Die nunmehr vorgelegte Variante 4 (Durchgang vom Museum zum Oberen Graben) konnte so kurzfristig nicht besprochen werden. Dies wäre aber ihrer Meinung nach auch eine Lösung.

Vor allem sollte nach Meinung von Stadträtin Rank erst einmal klar sein, ob der Stadtrat nur eine Erinnerungsstätte haben möchte oder ob das ganze Thema „friedliche Revolution“ aufgearbeitet und dargestellt werden kann.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, vertritt die Meinung, dass man mit dem Beschluss zur Standortentscheidung warten sollte, bis die finanzielle Situation wieder besser ist. Außerdem sollten dann zur endgültigen Entscheidung die Bürger beteiligt werden.

Gleichzeitig bittet Stadtrat Schwarz um Prüfung bezüglich der Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (**GRW Infra**) Nr. 3a Doppelbuchstabe e und Nr. 3c Doppelbuchstabe d, so dass die Vergleichsrechnung zu gleichen Fördersätzen dargestellt werden könne.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert hierzu, dass Bürgermeisterin Wolf zu diesem Thema bereits nachgefragt hat, ob eine diesbezügliche Förderung für das ehemalige Brandschutzamt möglich wäre.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bedankt sich für das ehrenamtliche Engagement des Vereins Vogtland 1989 e. V..

Auch die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion favorisiert den Standort Oberer Graben. Man stelle sich ebenfalls die Frage, ob das Projekt unter den derzeitigen Bedingungen überhaupt finanziert werden kann.

Trotzdem wünscht die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion heute eine Grundsatzentscheidung zur Standortfrage. An dieser Stelle würde ein Bürgerentscheid nicht für sinnvoll gehalten.

Die Fraktion spricht sich aber dafür aus, die Investitionen erst frühestens im übernächsten Haushalt (2023/2024) einzuplanen. Eventuell könnten die Planungskosten im nächsten Doppelhaushalt (2021/2022) abgebildet werden. Auch über eine schrittweise Sanierung könnte nachgedacht werden, wenn ein entsprechendes Konzept vorliegt. Gleichzeitig sollten das Theater Plauen, die Jugendherberge Plauen und verschiedene Vereine mit in die Erstellung dieses Konzeptes eingebunden werden.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass bei aller Debatte zum Thema der Eindruck erweckt worden wäre, dass der Oberbürgermeister seine Variante (Melanchthonstraße) präferiert hätte und die abweichenden Meinungen der Fachbürgermeister nicht gehört werden konnten.

Wichtig zu wissen sei, dass sich die Mitglieder des Stadtrates einig wären, dass man einen Erinnerungs- und Dokumentationsplatz in der Stadt Plauen haben möchte.

Die Frage sei, was dokumentiert werden soll und für wen dies dokumentiert werden soll.

Nach Meinung von Stadtrat Schmidt sollten die Ereignisse von 1945 bis 1989 dargestellt werden, ebenso auch die Geschehnisse im Jahr 1990.

Das ehemalige Brandschutzamt am Oberen Graben sei nach Meinung von Stadtrat Schmidt ein authentischer Ort, an dem diese o. g. Dokumentation erfolgen sollte. Dies sei ein städtisches vom Plauener Stadtbaurat Wilhelm Goette errichtetes Objekt, wo die Verhältnisse der ehemaligen DDR noch spürbar wären.

Der Standort Melanchthonstraße sei nicht mehr authentisch. Mit einem Neubau würde der Platz nach Meinung von Stadtrat Schmidt noch mehr zum negativen beeinflusst werden.

Stadtrat Schmidt beantragt im Namen der CDU-Fraktion, dass beide Fachbürgermeister heute ihre Meinung bezüglich der Standortwahl mitteilen dürfen.

Stadtrat Schmidt bedankt sich für die Darstellung der Variante 4 durch den Geschäftsbereich I.

Hier würden sich andere Zahlen ergeben, als vorher dargestellt wurde. Synergien mit dem Vogtlandmuseum wären offenkundig und die zu erwartenden Besucher würden die Folgekosten noch relativieren.

Stadtrat Schmidt merkt zu den Ausführungen bezüglich der derzeitigen Haushaltssituation an, dass die Verwaltung bzw. der Oberbürgermeister bei „ausufernden Baukosten bei den aktuellen Bauvorhaben“, eher hätte hinschauen müssen, „wenn die Kosten aus dem Ruder laufen“.

Bezüglich 5 Mio. EUR Eigenanteil der Stadt Plauen für das Modellprojekt sei für Stadtrat Schmidt immer noch nicht klar und schlüssig erklärt bzw. dokumentiert worden, warum 2,5 Mio. EUR Eigenmittel auf die Bundesmittel gezahlt werden müssten.

Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass heute ein Grundsatzbeschluss zur Standortentscheidung beschlossen werden sollte. Dem Antrag der FDP-Fraktion zur Durchführung eines Bürgerentscheides würde man in diesem Falle nicht zustimmen.

Die Planungsmittel für die Konzeption könnten nach Meinung von Stadtrat Schmidt in den laufenden Haushalt eingestellt werden. Bis 2024 oder 2025 könnte das Projekt auf den Weg gebracht und realisiert werden. Heute sollte ein Grundsatzbeschluss zum Standort gefasst werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass man sich inhaltlich immer über unterschiedliche Grundlagen des Denkens, über unterschiedliche Ziele auseinandersetzen könne.

Dies sei mit ihm immer möglich.

Den Vorwurf von Stadtrat Schmidt, dass Oberbürgermeister Oberdorfer nur seine Meinung gelten lassen würde, widerspricht Oberbürgermeister Oberdorfer an dieser Stelle energisch.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt weiter aus, dass er im Februar 2020 vom Stadtrat beauftragt wurde, eine Standortvariantenuntersuchung durchzuführen und diese Inhalte mit dem Verein 1989 e. V. in Abstimmung zu bringen. Dies sei erfolgt.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, spricht zum Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 151-20.**

Er führt u. a. aus, dass sich bezüglich einer Standortentscheidung die Mehrheit seiner Fraktion für die Melanchthonstraße aussprechen würde.

Stadtrat Gerbeth weist darauf hin, dass es auch einen beachtlichen Teil der Plauener Bevölkerung geben würde, die sich fragen, ob man dieses Dokumentationszentrum wirklich bzw. jetzt und sofort – vor allem in der derzeitigen finanziellen Situation benötigen würde.

Für die FDP-Fraktion sei die Bedeutung des Vorhabens unumstritten. Weil aber die Positionen so festgefahren scheinen und weil man die Gefahr sehe, dass die Entscheidung parteipolitisch und auch in bevorstehenden Wahlkämpfen instrumentalisiert werden könnte und weil man weiterhin die Gefahr sehe, dass man eine Entscheidung treffen könnte, die bei der Bevölkerung keine oder nur eine geringe Akzeptanz finden könnte, schlägt die FDP-Fraktion einen Bürgerentscheid vor.

Nach Meinung der FDP-Fraktion sollte der Bürgerentscheid gemeinsam mit der OB-Wahl im Frühsommer 2021 erfolgen.

Stadtrat Gerbeth erwähnt weiterhin verschiedene derzeit laufende Aktionen, wie z. B. eine Unterschriftensammlung via Internetpetition zur Standortentscheidung u. a.

Stadtrat Gerbeth trägt folgende mögliche Variante der Fragestellung für den Bürgerentscheid vor:

„Sind sie dafür, dass das geplante Informations- und Dokumentationszentrum zur Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989 am Standort Melanchthonstraße, direkt gegenüber dem Wendedenkmal errichtet werden soll?“

Diese Frage könne klar und deutlich mit ja oder nein beantwortet werden. Gerne können sich auch alle anderen Fraktionen und Stadträte mit eigenen Vorschlägen einbringen.

Stadtrat Gerbeth bittet um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion bezüglich eines Bürgerentscheides.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion für den FDP-Antrag aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass der Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 151-20**, der weitergehende Antrag ist. Somit muss dieser zuerst besprochen und abgestimmt werden, bevor über den Antrag der CDU-Fraktion oder über die Verwaltungsvorlage abgestimmt werden könne.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, teilt mit, dass er sich bei der Vorberatung des Themas in den zuständigen Ausschüssen für einen Bürgerentscheid ausgesprochen habe und dies auch heute tun wird. Generell scheint aber die Mehrheit des Stadtrates den Standort Oberer Graben, ehemaliges Brandschutzamt, seiner Meinung nach vorzuziehen.

Stadtrat Eckardt scheint auch dieser Standort eine kluge Entscheidung zu sein, da man das ehemalige Brandschutzamt in mehreren Bauabschnitten herrichten könnte.

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass sie sich sehr für Bürgerbeteiligung einsetzt. Es sei aber wichtig, „die richtige Bürgerbeteiligung zum richtigen Zeitpunkt“ durchzuführen. Derzeit würden 4 Varianten zum Standort vorliegen, dies könne nicht mit einer einfachen Frage (die mit ja oder nein beantwortet werden kann) darzustellen.

Nach Meinung von Stadträtin Zierold wäre es sinnvoller, die Bürger/innen bei der Ausgestaltung/Konzeption zu beteiligen. Deshalb spricht sie sich in diesem Falle gegen den Antrag der FDP-Fraktion aus.

Stadträtin Zierold vertritt die Meinung, dass der Obere Graben/ehemaliges Brandschutzamt der richtige Standort sei. Dies ergibt sich daraus, dass sie bei einer Ausstellungsvorbereitung zum Thema Friedliche Revolution im Malzhaus Plauen gesehen habe, wie viel Material es dazu tatsächlich geben würde. Gleiches gilt auch für das Thema „Aufdeckung der Wahlfälschung im Jahr 1989“. Stadträtin Zierold gehörte damals der Gruppe an, die sich mit der Aufdeckung befasst hat.

Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, spricht sich grundsätzlich für eine Bürgerbeteiligung aus. Aber in der vorgeschlagenen Form sei dies nicht zielbringend und könnte falsch verstanden werden.

Stadtrat Schmidt spricht ebenfalls gegen den Antrag der FDP-Fraktion aus. Man würde mit Durchführung des Bürgerentscheides suggerieren, dass man dann unmittelbar nach der Entscheidung mit der Umsetzung der Maßnahme beginnen würde.

Stadtrat Schmidt weist an dieser Stelle auf seinen eingangs benannten Antrag hin, dass beide Fachbürgermeister heute ihre Meinung bezüglich der Standortwahl mitteilen dürfen, bevor heute ein Beschluss gefasst wird.

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, fragt nach, ob sich Stadtrat Gerbeth vorstellen könnte, die Frage im Bürgerentscheid so zu beginnen:

„Könnten Sie sich vorstellen, das IDZ am Oberen Graben zu bauen...“.

Bezüglich der Errichtung des Wendedenkmals waren nach Meinung von Stadtrat Schaufel die Bürger/innen auch ohne Bürgerentscheid in die Auswahl einbezogen worden.

Stadtrat Schaufel benennt Beispiele, wo seiner Meinung nach Steuergelder verschwendet würden, u. a. Bahnhof Mitte und der bevorstehende Neubau der Brücke am Neustadtplatz.

Stadtrat Schaufel befürwortet, dass am Oberen Graben/ehemaliges Brandschutzamt nicht nur die Friedliche Revolution, sondern auch die DDR-Geschichte bis dahin aufgearbeitet werden könnte. Er schlägt vor, z. B. auch die Industriegeschichte der MAN bzw. der Vomag Plauen dort ebenfalls museal mit aufzuarbeiten.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert an dieser Stelle nochmals über die derzeitige finanzielle Situation.

Seit Freitag, 13.11.2020 sei bekannt, dass das Finanzausgleichsgesetz (FAG), welches der Freistaat Sachsen im Landtag zur Beschlussfassung vorlegt, speziell für die Stadt Plauen folgendes vorsieht:

Investive Schlüsselzuweisungen:

im Jahr 2020 5,4 Mio. EUR

im Jahr 2021 fallen diese auf 1,7 Mio. EUR

im Jahr 2022 fallen diese nochmals auf 1,3 Mio. EUR

Investive Schlüsselzuweisungen werden u. a. auch für Eigenanteile bei Förderprojekten verwendet. Zusätzliche Investitionsprojekte können aus diesem Grund nicht mehr in den Haushalt 2021/2022 aufgenommen werden.

Deutliche Verringerungen sind ebenfalls bei den allgemeinen Schlüsselzuweisungen zu erwarten.

Oberbürgermeister Oberdorfer sieht die Durchführung eines Bürgerentscheides zu diesem Thema problematisch.

Oberbürgermeister Oberdorfer vertritt die Meinung, dass die beiden Bürgermeister zu diesem Thema nicht aufzurufen seien. Gerne können beide Bürgermeister nach der Beschlussfassung zum FDP-Antrag sprechen.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, hält es für wichtig, als erstes vor den Bürgermeistern die Fachbedienstete für das Finanzwesen, Frau Göbel sprechen zu lassen.

Stadträtin Knabe kann nicht nachvollziehen, warum heute eine Grundsatzentscheidung zum Standort getroffen werden müsse, wenn voraussichtlich bis 2025 das Projekt finanziell gar nicht umgesetzt werden könne.

Stadtrat Gerbeth wenn der Antrag auf Bürgerentscheid eine Mehrheit finden würde, müsse der Stadtrat Anfang nächsten Jahres über die genaue Fragestellung befinden. Er habe eine Beispielfrage formuliert, die aber auch anders lauten könne.

Nach Meinung von Stadtrat Gerbeth wird mit der Durchführung eines Bürgerentscheides nicht suggeriert, dass danach kurzfristig mit der Umsetzung begonnen werden müsse.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, sieht einen gewissen Widerspruch darin, wenn die FDP-Fraktion heute keine Entscheidung treffen wolle, dafür aber mit dem Bürgerentscheid auch eine recht zeitnahe eine Entscheidung getroffen werden würde.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik hält die von Stadtrat Gerbeth vorgetragene Frage für den Bürgerentscheid für ungünstig. Er spricht sich demzufolge gegen den Antrag der FDP-Fraktion aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft den Antrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 151-20**, zur Abstimmung auf.

Beschluss zum Antrag der FDP-Fraktion:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheides zur Frage des Standortes für ein Informations- und Dokumentationszentrum (IDZ) zur Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989.

Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung eines solchen Bürgerentscheides beauftragt.

Die Entscheidung des Stadtrates über den Standort des IDZ erfolgt erst nach Vorliegen des Ergebnisses dieses Bürgerentscheides.

**Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen; 20 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.:13/20-12**

Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Auf Bitte von Oberbürgermeister Oberdorfer trägt Stadtrat Schmidt, den Beschlussvorschlag des Antrages der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 143-20** vor.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, betont, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Plauen durch Corona dramatisch verschlechtert hat. Man wisse nicht, wie alle bisher geplanten Investitionen - zusätzlich zu dem 50 Mio. EUR-Projekt - finanziert werden können. Es läuft wohl auf eine Nettoneuverschuldung hinaus, die man nicht finanzieren könne. Die Frage sei, wie man dies mit der Rechtsaufsichtsbehörde regeln könne. Ein zusätzliches Projekt ist nach Ansicht von Frau Göbel derzeit nicht darstellbar. Sollte es doch zu einer Entscheidung kommen, so müsste die kostengünstigste Variante gewählt werden.

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, spricht sich für den Standort am Oberen Graben/ ehemaliges Brandschutzamt aus. Zunächst sollte man sich über die inhaltliche Komponente mit der entsprechenden Bürgerbeteiligung Klarheit verschaffen, was an welchem Ort dargestellt werden soll. Sie sieht das denkmalgeschützte Objekt am Oberen Graben im städtebauliche Kontext mit der Jugendherberge, welches in Synergie mit dem Rathaus, der Sparkasse Vogtland u. a. steht.

Mit einem IDZ an der Melanchthonstraße würde man nach Meinung von Bürgermeisterin Wolf einen sehr prädestinierten Standort aufgeben. An diesem Ort sollte städtebaulich etwas sehr Wertvolles entstehen.

Bürgermeisterin Wolf spricht die Frage der Erschließung des Geländes an der Melanchthonstraße an. Es soll zukünftig ein Grünzug aus der Stadt heraus bis ins Syratal geschaffen werden. Gleichzeitig soll die Syra freigelegt werden. Sie gibt zu bedenken, ob sich das mit dem dann zu erwartenden Bus- bzw. Besucherverkehr an diesem Standort vereinbaren lassen würde.

Weiterhin stellt sich für Bürgermeisterin Wolf die Frage, ob man für die Lenkung des Busverkehrs die Fußgängerzone am Oberen Graben aufgeben sollte.

Der Bereich am Oberen Graben könne ihrer Meinung nach in Synergie zu den bisherigen Projekten – Vogtlandmuseum und Weisbachsches Haus – gestaltet werden. Ergänzt werden könne dies mit dem Luftschutzmuseum.

Aus Sicht von Bürgermeisterin Wolf sollte das Gebäude am Oberen Graben schrittweise ausgebaut werden. Sie gibt Frau Göbel recht, dass es derzeit kaum Spielraum im Haushalt der Stadt Plauen gibt. Man sollte sich trotzdem nicht die Chance vergeben, das ehemalige Brandschutzamt am Oberen Graben als öffentliches Objekt zu erhalten.

Bürgermeister Wolf schlägt vor, zuerst die inhaltliche Komponente mit den Bürgern gemeinsam klären, dann schauen, was das Objekt leisten und wie es mit angemessenen Mitteln saniert und dann mit einem ordentlichen Ausstellungskonzept hinterlegt werden kann.

Nach Meinung von Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, sind die Absichten des Vereins Vogtland 1989 e. V. sehr ehrenwert, aus seiner Sicht „zu kurz gesprungen“. Zunächst sollte man sich im Klaren darüber sein, welche geschichtliche Verantwortung man für die Stadt habe und wie diese dargestellt werden könne. Derzeit würde komplett das Zeitfenster von 1945 bis jetzt fehlen.

Es wäre nach Meinung von Bürgermeister Zenner verantwortungsvoll zu sagen, dass eine Konzeption im Gesamtkontext erstellt werden würde. Dies würde nur mit einer musealen Aufarbeitung funktionieren.

Bürgermeister Zenner spricht sich ebenfalls für den Standort am Oberen Graben/Brandschutzamt aus, weil man nur dort die Möglichkeit bestünde, die Geschichte der Stadt von 1945 bis heute darzustellen könne.

Bürgermeister Zenner führt weiter aus, dass aus seinem Bereich ein Konzept vorgelegt wurde, wobei diese museale Einrichtung im ehemaligen Brandschutzamt vom Personal des Vogtlandmuseums Vogtlandmuseum mit betrieben werden könne. Es könnte eine gemeinsame Kasse mit dem Vogtlandmuseum betrieben werden. Weiterhin könnte ein „Museologe“ angestellt werden, der gleichzeitig die geschichtliche Aufarbeitung durchführen könnte. 2 Kassenkräfte würden auf Honorarbasis eingestellt werden.

Bürgermeister Zenner bittet darum, auch die Synergieeffekte, z. B. mit der Vogtlandbibliothek und dem Museum bei der Entscheidung zu überdenken.

Auch Bürgermeister Zenner spricht sich für eine schrittweise Sanierung des ehemaligen Brandschutzamtes aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft nunmehr den Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 143-20**, zur Abstimmung auf.

Beschluss zum Antrag der CDU-Fraktion:

Der Stadtrat beschließt, das Informations- und Dokumentationszentrum zur Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989 am Standort oberer Graben 20 als erweiterte Außenstelle des Vogtlandmuseums/Kulturbetrieb zu etablieren. Die vorhandenen Räumlichkeiten und Gegenstände im Gebäude Oberer Graben 20 (ehemaliges Brandschutzamt) sind für ein Informations- und Dokumentationszentrum zu nutzen. Die bereits erfolgten Planungen aus 2009 zum Deutschen Zentrum für Spitze und Stickerei sind zur Planung hinzu zu ziehen.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; 5 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 13/20-13

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass mit Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 151-20, eine Abstimmung zur Verwaltungsvorlage, Drucksachenummer: 0201/2020 nicht mehr notwendig ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt abschließend an, dass man optimistisch in dieser Sache bleiben können, wenn man sich mittelfristig bzw. langfristig zu dieser Sache bekenne. Er hofft, dass dies so vom Stadtrat gemeint sei.

3.12. Abschluss eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags zur Vergabe der Stadtverkehrsleistungen an die Plauener Straßenbahn GmbH

Drucksachenummer: 0257/2020

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage sowie Anfragen der CDU-Fraktion aus dem Stadtbau- und Umweltausschuss.

Sie verweist an dieser Stelle auch auf das Änderungsblatt vom 09.11.2020 zu dieser Vorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt an dieser Stelle Frau Zeuner, Geschäftsführerin der Plauener Straßenbahn GmbH. Er empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, spricht sich für den Erhalt der Plauener Straßenbahn aus. Er fragt nach, ob es nicht besser wäre, den Vertrag doch mit einer Laufzeit von 22,5 Jahren abzuschließen. Dies wäre nach Meinung von Stadtrat Blechschmidt besser für die Plauener Straßenbahn.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass die Orientierung auf 15 Jahre aus eine Debatte im Stadtbau- und Umweltausschuss am 02.11.2020 resultieren. Sollte dies nun doch wieder anders gewünscht werden, so müsste dies jetzt entsprechend beantragt werden.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, geht davon aus, dass die Reduzierung auf 15 Jahre auch mit der Vergabe der Linienkonzession übereinstimmend wäre. Er fragt nach, ob dies auch zu einer Harmonisierung mit den Vergaben des Vogtlandkreises bezüglich der Busverbindungen führt oder ob dies davon völlig unabhängig sei.

Oberbürgermeister Oberdorfer erteilt Frau Zeuner das Wort zur Beantwortung dieser Anfrage.

Frau Zeuner, Geschäftsführerin der Plauener Straßenbahn GmbH, antwortet, dass die Straßenbahn mit einer Laufzeit von 22 Jahren sicher bessergestellt. Eine Liniengenehmigung für die Straßenbahn beinhaltet allerdings einen Zeitraum von 15 Jahren. Deshalb wurde nach der Diskussion im Stadtbau- und Umweltausschuss der Kompromiss von 15 Jahren vorgeschlagen. Mit den Busverbindungen sei dies allerdings nicht in Einklang zu bringen. Die Konzessionen für Busse laufen nur 10 Jahre. Deshalb wurde der gesamte Vertrag mit der Bietergemeinschaft Bus und dem Zweckverband ÖPNV nur über 10 Jahre abgeschlossen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, beantragt, dass die längere Laufzeit von 22,5 Jahren in den Vertrag aufgenommen werden soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass die Laufzeit des Vertrages nicht Teil des heutigen Beschlusses ist. Er schlägt vor, diesen Punkt per Akklamation zu klären.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass man zur ursprünglichen Vertragsgestaltung mit 22,5 Jahre zurückkehren wird.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. Die Betrauung und Direktvergabe zur Sicherstellung von ÖPNV-Verkehrsleistungen durch die Plauener Straßenbahn GmbH (PSB) in der Stadt Plauen gemäß der Anlage „Betrauung und Direktvergabe“.
2. Es wird das Leistungsspektrum entsprechend der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt, dass aus dem Nahverkehrsplan abgeleitet ist, beauftragt.

**Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/20-14**

3.13. Herstellung einer WC-Anlage an der Gerberstraße in Plauen
Drucksachenummer: 0265/2020

Herr Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht sich für die Vorlage aus. Er berichtet an dieser Stelle über eine Umfrage bei Caravan-Besitzern, die er persönlich im Sommer dieses Jahres am Standort Neustadtplatz durchgeführt hatte.

Stadtrat Stubenrauch bittet darum, den Wohnmobilstandort am Neustadtplatz im kommenden Jahr zu realisieren.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Herstellung einer WC-Anlage mit drei WC's (Damen, Herren, Barrierefrei) an der Gerberstraße in Plauen entsprechend Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/20-15

3.14. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Lichtsignalanlage Knotenpunkt Äußere Reichenbacher-/Röntgenstraße
Drucksachenummer: 0270/2020

Herr Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob dieses Vorhaben mit der Maßnahme des grundhaften Ausbaus der Kreuzung am Vogtlandklinikum kollidiert.

Herr Ullmann teilt mit, dass dieses Vorhaben bereits ein Vorgriff auf die o. g. bereits geplante Maßnahme ist, wobei dann im Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr eine entsprechende Reduzierung bei dieser Maßnahme enthalten sein wird. Es steht einem grundhaften Ausbau dieser Kreuzung nichts entgegen.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Oberdorfer wie viele solcher alten Lichtzeichenanlagen es noch in der Stadt Plauen gibt, antwortet Herr Ullmann, dass es dann noch 7 Anlage gibt, wenn die o. g. gebaut wurde.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen i. H. v. 68.980,80 EUR für die Investitionsnummer 19-0000130/2-60-502/542000/0961001 - Erneuerung der Lichtsignalanlage Knotenpunkt Äußere Reichenbacher-/Röntgenstraße (Trefferknoten).

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 13/20-16

4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erinnert an den Beschluss des Stadtrates (**Beschluss-Nr.: 11/20-18**) vom 22.09.2020 bezüglich des Erlasses der Nettomiete aufgrund Covid 19 speziell für den ALI Sachsen e. V. und den KALEB e. V. sowie für alle gemeinnützigen Vereine in der Stadt Plauen, die im sozialen Bereich tätig sind.

Gemäß Nachfrage bei den beiden o. g. Vereinen seien die Gelder noch nicht angekommen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt mit, dass das „Grabfeld S“ (für Gefallene des 1. Weltkrieges) auf dem Friedhof I in einem sehr traurigen Zustand sei.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik bittet darum, sich mit der zuständigen Kirchengemeinde bzw. mit dem Träger des Friedhofs I in Verbindung zu setzen, um diesen unwürdigen Zustand in absehbarer Zeit beseitigen zu können.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt diese Anfrage an die städtische Friedhofsverwaltung weiter, ein Gespräch mit dem Auftrag, das Gespräch mit zuständigen der evangelischen Kirche zu suchen.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Dirk Stenzel
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Danny Przisambor
Stadtrat